



Berlin, 10.08.2022

Frauenspezifische Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

Für eine Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, die Frauen selbstverständlich mitgestalten und die ihre spezifische Lebenssituation im internationalen Kontext wahrnimmt, ihre konkreten Bedürfnisse berücksichtigt, ihre Rechte beachtet und sie von Betroffenen zu Akteurinnen macht!

Der Einsatz für Frieden, Sicherheit, Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung sind Kernanliegen christdemokratischer Außenpolitik. Unserem außenpolitischen Grundverständnis liegt die Erkenntnis zugrunde, dass Menschen unterschiedlich von Konflikten und Krisen betroffen sind. Die CDU bekennt sich deshalb auch dazu, dass eine nachhaltige Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik selbstverständlich von Frauen mitgestaltet wird sowie der besonderen Situation und den spezifischen Bedürfnissen von Frauen und Mädchen Rechnung tragen muss und daher einen frauenspezifischen Fokus braucht.

Weltweit setzen sich Frauen trotz aller Widrigkeiten für ihre vollständige und gleichberechtigte Mitsprache und friedliche Gesellschaften ein. Beispielhaft dafür stehen u.a. die Friedensnobelpreisträgerinnen Maria Ressa (Philippinen, 2021), Nadia Murat (Irak, 2018) und Malala Yousafzai (Pakistan, 2014). Im autoritären Belarus wird die demokratische Opposition von Frauen wie Swetlana Tichanowskaja und Maria Kolesnikowa getragen, die dafür mit ihrem Exil oder Gefängnis einen hohen Preis zahlen.

Spätestens seit der ersten Weltfrauenkonferenz 1935 in Istanbul stehen frauenspezifische Anliegen auch auf der Agenda der internationalen Politik. Neben den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen haben auch andere Akteure wie die Europäische Union oder die Weltbank in ihren Beschlüssen und Programmen (u.a. UN-Resolution 1325, EU Action Plan on Women, Peace and Security (WPS) 2019-2024, Women Entrepreneurs Finance Initiative (We-Fi)) die politische und ökonomische Relevanz ihres Handelns für Frieden, Sicherheit und Wohlstand erkannt, dokumentiert und politisch gehandelt. Deutschland treibt diese Entwicklung im internationalen Rahmen zielgerichtet voran: Sei es als Bundeskanzlerin Angela Merkel 2015 die unternehmerische Selbstständigkeit von Frauen als wesentlicher Antriebsmotor für Arbeitsplätze, Wachstum und Innovation auf die Tagesordnung des G7-Gipfels 2015 in Elmau setzte oder 2019 als Deutschland seinen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nutzte, um die Resolution 2467 zur Bekämpfung von sexueller Gewalt in Konflikten und zur Stärkung der Opfer durchzusetzen.

Weltweite Krisen und bewaffnete Konflikte haben besondere Auswirkungen auf Frauen und Mädchen. Vertreibung, Gewalt, Epidemien und Nahrungsmittelknappheit stellen für sie in hohem Maß Risiken dar. Sie sind besonders vulnerabel.

Frauen Union der
CDU Deutschlands
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Telefon 030/22070-453
Telefax 030/22070-439
www.frauenunion.de
fu@cdu.de

CDU

Der Krieg in der Ukraine, das Erstarken des religiösen und sexistischen Fundamentalismus in Ländern wie Afghanistan, aber auch rechtsextremer und nationalistischer Akteure sowie schwere Naturkatastrophen in Folge des Klimawandels haben laut Bericht der Vereinten Nationen zu den „Sustainable Development Goals“ zuletzt zu gravierenden Rückschritten bei den Rechten von Frauen und Mädchen, ihrer Gesundheit, Sicherheit und ihren Lebensbedingungen geführt.

So ist der Zugang zu spezifischer medizinischer Hilfe insbesondere für Schwangere und Mütter stark beeinträchtigt. Mehr als 60 Prozent der weltweiten Müttersterblichkeit findet in langwierigen oder akuten Konflikten, im Kontext von Vertreibung oder unter fragilen Bedingungen statt. Geburtshilfe und die Versorgung von Neugeborenen befinden sich oft in einem ständigen Ausnahmezustand. Offizielle Statistiken wie die zur Mütter- und Kindersterblichkeit decken häufig nur Teilbereiche ab. Andere Missstände bleiben oft unbeachtet: Seien es die zu langen oder gefährlichen Wege zum Krankenhaus, nicht vorhandene finanzielle Ressourcen für den Transport dorthin oder die Angst vor Angriffen auf medizinische Einrichtungen, die Frauen von medizinischer Betreuung absehen lassen.

Zudem steigt in Krisensituationen das Risiko für sexualisierte Gewalt sowohl seitens bewaffneter Gruppen als auch in der Partnerschaft und Familie. Die Sicherheit von Frauen ist einer der verlässlichsten Indikatoren für die Friedfertigkeit eines Staates.¹

Besonders betroffen sind Frauen und Mädchen z.B. auch von den wirtschaftlichen Konsequenzen der COVID-19-Pandemie, von fehlenden sozialen Sicherungssystemen, vom starken Anstieg häuslicher Gewalt, früher bzw. Zwangsverheiratung sowie von finanziellen Kürzungen und Einschränkungen in der Versorgungslage im Bereich sexueller und reproduktiver Gesundheit, weil sich Prioritäten im Gesundheitsbereich verlagert haben.

In vielen Ländern übernehmen und leisten Frauen überproportional mehr unbezahlte Haus- und Betreuungsarbeit, was ihren eigenen Zugang zu finanziellen Ressourcen mindert. Frauen sind aber nicht nur Betroffene oder Opfer internationaler Konflikte und weltweiter Krisen, sondern in wesentlichem Maße auch handelnde Akteurinnen, *Game Changer* und Problemlöser. Sie sind oft der Schlüssel für die wirtschaftliche, soziale und gesundheitliche Entwicklung sowie für Teilhabe und Fortschritt in ihrer Region.

Frauen investieren z.B. einen höheren Anteil ihres verfügbaren Einkommens in die Erziehung und Bildung ihrer Kinder als Männer. Damit tragen sie auch langfristig zu mehr Wohlstand und Armutsbekämpfung bei.

Auch die gezielte Unterstützung von Frauen bei der Professionalisierung des Gesundheitswesens schafft nicht nur resilientere Strukturen und überwindet traditi-

¹ [CH08.pdf \(unwomen.org\)](#), Summary of Research Findings: Establishing the Relationship between Women's Insecurity and State Insecurity

onelle Helferstrukturen vor Ort, die soziale Entwicklung behindern, sondern bietet auch konkrete Ansätze für wirtschaftliche Zusammenarbeit und eröffnet neue Möglichkeiten für „*Know-How-Transfers*“. Außenwirtschaftsförderung mit einem besonderen Fokus auf Unternehmerinnen ist meist auch eine nachhaltige Investition in die Stabilität und Zukunftsfähigkeit von Gesellschaften.

Wir gestalten unsere Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik in einem umfassenden und geschlechtergerechten Sinn als Querschnittsaufgabe und orientieren uns dabei an der „3R-Formel“ *Rechte, Ressourcen und Repräsentanz*. Wir sehen es als unsere Aufgabe, Frauen weltweit die gleichen Rechte und den gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen, Mitsprache und Entscheidungen zu ermöglichen, sie dabei zu unterstützen und zu schützen. Das ist im Interesse aller.

Frauenaußenpolitik ist immer auch Entwicklungspolitik. Sie leistet einen aktiven Beitrag zur Armut- und Hungerbekämpfung und gibt ein Bildungs- und Aufstiegsversprechen: Der Zugang von Mädchen und Frauen zu Bildung trägt zur Verringerung von Kinderehen, ungeplanten Frühschwangerschaften und zu einer geringeren Kinderzahl bei. Die Mutter-Kind-Gesundheit verbessert sich und Frauen sind eher in der Lage, selbst für ihren Lebensunterhalt und den ihrer Kinder zu sorgen.

Die Bekämpfung von gesellschaftlicher Ungleichheit, Einkommensungleichheit und die Förderung des Zugangs zu eigenen finanziellen Ressourcen reduziert die Abhängigkeit von Frauen und erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich aus einem Umfeld sexualisierter und insbesondere häuslicher Gewalt befreien können.

Frauenaußenpolitik ist immer auch Sicherheitspolitik. Sie trägt aktiv zur Krisenprävention, Krisenbewältigung, Friedensförderung und Konfliktnachsorge bei: Wo Frauenrechte gestärkt und bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten abgebaut werden, wird gesellschaftlicher Gewalt und bewaffneten Konflikten vorgebeugt. Denn die Teilhabe von Frauen an allen gesellschaftlichen und politischen Prozessen trägt dazu bei, Krisen entgegenzuwirken. Ihre Teilhabe an Friedensprozessen stärkt die Post-Konflikt-Ordnung. Die Teilhabe von Frauen an Friedensverhandlungen erhöht wissenschaftlichen Untersuchungen zufolge die Wahrscheinlichkeit, dass ein Abkommen mindestens zwei Jahre hält, um 20 Prozent und die Wahrscheinlichkeit, dass es auch nach fünfzehn Jahren noch in Kraft ist, um 35 Prozent.² Versuchen, aus der frauenspezifischen Perspektive eine rein pazifistische Außen- und Sicherheitspolitik abzuleiten, treten wir mit Entschiedenheit entgegen. Gräueltaten und Menschenrechtsverletzungen gegenüber Frauen und Mädchen in Kriegen und kriegerischen Konflikten, systematische Vergewaltigungen, Verskla-

² [Global Study on the Implementation of United Nations Security Council Resolution 1325 | UN Women](#), Quantitative Analysis of Women's Participation in Peace Processes.



zung und Erniedrigung - ob im 2. Weltkrieg, in den 90er Jahren im ehemaligen Jugoslawien oder in Ländern wie Afghanistan, Äthiopien, Ruanda, dem Kongo, der Ukraine, im Irak oder anderswo - verdeutlichen, wie wichtig eine regelbasierte und rechtlich legitimierte nationale und internationale Ordnung, ein staatliches Gewaltmonopol mit effektiver Strafverfolgung und Justiz sowie die Bereitschaft, diese notfalls auch mit Waffengewalt zu verteidigen, gerade für den Schutz und die Sicherheit von Frauen und Kindern sind.